

Schnellrecherche der SFH-Länderanalyse vom 7. September 2017 zu Afghanistan: Gefährdung von Journalistinnen und Journalisten

Frage an die SFH-Länderanalyse:

- Inwiefern sind Journalistinnen und Journalisten in Afghanistan gefährdet?

Die Informationen beruhen auf einer zeitlich begrenzten Recherche (Schnellrecherche) in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die uns derzeit zur Verfügung stehen.

1 Gefährdung von Journalistinnen und Journalisten

Anstieg von Gewalttaten gegen Journalistinnen und Journalisten in den Jahren 2015, 2016 und 2017. Im September 2016 berichtete die *Schweizerische Flüchtlingshilfe* (SFH) unter Berufung auf verschiedene Quellen von einem Anstieg der Gewalt gegen Medienschaffende im Jahr 2015. Laut einem Artikel von *Radio Free Europe/Radio Liberty* vom 20. Januar 2017, der sich auf das *Afghan Journalists' Safety Committee* beruft, war 2016 das bis dahin gefährlichste Jahr für Journalistinnen und Journalisten, die in Afghanistan arbeiten. Mindestens 101 Zwischenfälle einschliesslich Tötungen, Angriffe, Einschüchterungen, Missbrauch und andere physische Angriffe seien für 2016 dokumentiert. 13 Journalistinnen und Journalisten seien im Laufe des Jahres getötet worden. Zehn davon hätten die Taliban verübt. Die Hälfte der Zunahme der Gewalt gegen Journalisten ginge demgegenüber auf das Konto der afghanischen Regierung. Das *Afghan Journalists' Safety Committee* erwartete, dass sich dieser Trend 2017 fortsetzen würde.

Allein in der ersten Jahreshälfte 2016 hat es laut *Afghan Journalists' Safety Committee* (zitiert in *Radio Free Europe/Radio Liberty*, 12. Juli 2016) 54 gewaltsame Zwischenfälle gegeben. Das entspricht einem Anstieg von 38 Prozent im Vergleich zur selben Periode des Vorjahres. Mit der Verschlechterung der Sicherheitslage sei gleichzeitig die Anzahl medienschaffender Frauen zurückgegangen. Ende Juni 2016 berichtete die Organisation *Reporters Without Borders*, im Laufe des Monats Juni 2016 habe es in Afghanistan mindestens zehn Fälle von Gewalt gegen Journalisten und Medieneinrichtungen gegeben. Auch die UNHCR-Richtlinien vom 19. April 2016 heben die Zunahme von Gewalt und Einschüchterungen gegen Journalistinnen und Journalisten seitens nichtstaatlicher Gruppen hervor.

Am 20. Januar 2016 verübten die Taliban laut UNAMA (Februar 2017) einen Selbstmordanschlag auf einen Bus mit Angestellten des Medienunternehmens Moby Group, zu dem Tolo TV gehört. Dabei wurden acht Angestellte getötet und 30 verletzt. Im Oktober 2015 hatten die Taliban die Fernsehsender Tolo TV und 1TV wegen ihrer Berichterstattung während der Eroberung der Stadt Kunduz durch die Taliban zu militärischen Zielen erklärt.

Laut *Reporters Without Borders* (18. Mai 2017) haben sich die von den Taliban und vom selbst proklamierten «Islamischen Staat» (IS/Daesh) verübten Angriffe gegen Medien intensiviert. In den letzten zwei Jahren seien mehrere Medien in Jalalabad

Weyermannsstrasse 10
Postfach
CH-3001 Bern

T ++41 31 370 75 75
F ++41 31 370 75 00

info@fluechtlingshilfe.ch
www.fluechtlingshilfe.ch

Spendenkonto
PC 30-1085-7



angegriffen worden, einschliesslich den Angriffen auf den Radio- und Fernsehsender von Jalalabad (mindestens sechs Tote und 15 Verletzte) am 18. Mai 2017, auf das Gebäude von Radio Safa und Radio Killid am 10. Oktober 2015 und auf die Presseagentur Pajhwok und den Radiosender Voice of America am 12. Juni 2015. Zwar hat sich IS/Daesh für keinen dieser Angriffe verantwortlich erklärt. Er ist aber in der Region um Jalalabad präsent und hat bereits verschiedene Medienhäuser und Journalisten bedroht.

Mangel an staatlichem Schutz, Massnahmen zum Schutz von Journalisten werden nicht umgesetzt. Von UNHCR (19. April 2016) zitierte Journalisten beklagen sich darüber, von der afghanischen Regierung nicht genügend Schutz zu erhalten. Regierungsstellen, Polizei und staatliche Sicherheitsdienste kommen gemäss *Reporters Without Borders* (29. Juni 2016) ihrer Pflicht, Journalistinnen und Journalisten zu schützen, nicht ausreichend nach. Am 18. Mai 2017 berichtete *Reporters Without Borders*, der Nationale Sicherheitsrat habe im August 2016 in einer von Präsident Ghani geleiteten Sitzung ein Verfahren für die Sicherheit und den Schutz von Journalisten (*Procedure for the Safety and Protection of Journalists*) verabschiedet. Jedoch würden bisher weder diese noch andere von den Behörden ins Auge gefassten Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten umgesetzt.

Nichtstaatliche und staatliche Kräfte bedrohen Journalistinnen und Journalisten und schränken freie Meinungsäusserung und Berichterstattung ein. Laut dem UNAMA-Jahresbericht vom Februar 2017 setzt sich der besorgniserregende Trend zur Missachtung von Menschenrechtsprinzipien durch Konfliktparteien fort, einschliesslich des Rechts auf freie Meinungsäusserung und des Rechts, Informationen zu erhalten und öffentlich zu verbreiten. Von UNAMA im Jahr 2016 befragte Journalistinnen, Journalisten sowie Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft äusserten durchgängig ihre Sorge über Bedrohungen und Einschüchterungen, deren Urheber sowohl gegen die Regierung gerichtete Kräfte als auch staatliche Akteure seien. Dies schränke ihre freie Meinungsäusserung und die Beobachtung und Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen besonders bezüglich Zwischenfällen im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt stark ein. Besonders in den Provinzen Farah, Kunduz und Uruzgan versuchten sie sich durch Selbstzensur zu schützen. Besonders betroffen seien Aktivistinnen, da ihre Tätigkeit den extremistischen Ideologien widerspricht, die gegen die Regierung gerichtete Kräfte in Konfliktgebieten verbreiten und welche die Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben und die Förderung von Frauenrechten ablehnen. Im Jahr 2016 veröffentlichten die Taliban laut UNAMA mindestens elf Stellungnahmen, in denen sie Medien bedrohten. Darin bezichtigten sie mehrere bedeutende Nachrichtenanbieter, einschliesslich Tolo News, Shamshad und Radio Azadi, «feindliche Propaganda» und «einseitige Berichte aus dem Mund des Feindes» zu veröffentlichen und «die Mudschahedin zu verleumden». Der Anschlag der Taliban auf einen Bus mit Angestellten der Moby Group vom 20. Januar 2016 habe die Gefahr von gewaltsamen Racheakten gegen Journalistinnen und Journalisten deutlich gemacht und ein Klima der Angst geschaffen, das sich negativ auf die freie Meinungsäusserung ausgewirkt habe.

Polizei, Geheimdienste und lokale Politiker tragen laut *Reporters Without Borders* (29. Juni 2016) ihrerseits zu der Welle von Gewalt, Zensur und Selbstzensur bei. Äusserungen wie die eines Politikers auf Facebook, die unabhängige Presseagentur

Pajhwok würde durch Regierungsgelder finanziert und durch den Geheimdienst manipuliert, seien unverantwortlich in einem Land wie Afghanistan, wo die Taliban und andere bewaffnete Gruppen nicht zögerten, Journalisten zu töten, die ihrer Ansicht nach die Regierung unterstützen würden.

Auch das *Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen* (UNHCR) hebt in seinen Richtlinien für Asylsuchende aus Afghanistan vom 19. April 2016 unter Berufung auf verschiedene Quellen Gewalt gegen Journalisten als «schwerwiegendes Problem» hervor, wobei «für die Mehrheit der Vorfälle staatliche Behörden verantwortlich» seien. Die für solche Gewalt verantwortlichen Täter blieben oft straflos.

Bereits im Januar 2015 berichtete *Human Rights Watch*, afghanische Journalistinnen und Journalisten würden von allen Seiten bedroht: Regierungsvertreter würden schwache Rechtsschutzbestimmungen ausnutzen, um Reporter und Redakteure einzuschüchtern, damit sie nicht über kontroverse Themen berichten. Die Taliban und andere aufständische Gruppen setzten Drohungen und Gewalt ein, um eine für sie positive Berichterstattung zu erzwingen. Polizei und Vertreter der Justiz würden Drohungen, Angriffe und sogar Morde nicht untersuchen und nicht gerichtlich verfolgen. Journalisten reagierten auf diese Gefahren oft mit Selbstzensur und berichteten nicht über heikle Themen wie zum Beispiel Korruption, Landenteignung, Gewalt gegen Frauen und Menschenrechtsverletzungen, um Sicherheitsrisiken zu minimieren. In den letzten Jahren benutzten die Taliban und andere aufständische Gruppen laut *Human Rights Watch* die Medien als Propagandaplattform. Unter anderem übten sie, bisweilen unter Androhung von Gewalt, Druck auf Reporter aus, über ihre Stellungen zu berichten oder ihnen gegenüber kritische Artikel nicht zu veröffentlichen.

Human Rights Watch, 21. Januar 2015:

«Afghan journalists face threats from all sides: government officials exploiting weak legal protections to intimidate reporters and editors to compel them not to cover controversial topics; the Taliban and other insurgent groups using threats and violence to compel reporting they consider favorable; and police and justice officials letting threats, assaults, and even murders go uninvestigated and unprosecuted. Most of the threats come from individuals acting on behalf of powerful government officials or influential local actors, including militia leaders and so-called warlords.

Violent attacks on journalists that go uninvestigated and unpunished reflect wider impunity and failure to establish the rule of law in Afghanistan. Afghan journalists often respond to the dangers with self-censorship. Many steer clear of reporting on sensitive issues—including corruption, land grabbing, violence against women, and human rights abuses—as a means to minimize safety risks.
(...)

The Taliban and other insurgent groups remain a potent source of intimidation and violence against journalists and media outlets. When the insurgency first emerged in 2002, journalists were among its early targets because the insurgents treated journalists as extensions of the Afghan government or Western military forces. However, in recent years, the Taliban and other insurgent groups have

used the media as a propaganda platform, and actively court the press in their campaign against the government, including by pressuring reporters to cover their statements or not write articles deemed critical, sometimes with threats of violence.» Quelle: Human Rights Watch, "Stop Reporting or We'll Kill Your Family": Threats to Media Freedom in Afghanistan, 21. Januar 2015, S. 1-2:
www.refworld.org/docid/54c201034.html.

Radio Free Europe/Radio Liberty, 12. Juli 2016:

«A watchdog group says the first half of 2016 has been the most dangerous six-month period for journalists working in Afghanistan. The Afghan Journalists' Safety Committee said that 10 journalists have been killed in Afghanistan through June of this year.

It added that a total of 54 violent acts have been committed against journalists, 38 percent more than occurred in the same period in 2015. The report, released late on July 11, said the violent incidents included killings, assaults, detentions, and acts of intimidation.

It said most of these actions were carried out by "individuals linked to the government" but did not elaborate. The report said the Taliban was behind 30 percent of the attacks on journalists, or 16 of the 54 known incidents.

The Afghan Journalists' Safety Committee also noted that the number of women taking part in the media has been decreasing as security in Afghanistan worsens.» Quelle: Radio Free Europe/Radio Liberty, Watchdog group says 2016 most dangerous for Afghan journalists, 12. Juli 2016: www.refworld.org/docid/57a43c6e2b.html.

Radio Free Europe/Radio Liberty, 20. Januar 2017:

«Last year was the deadliest year on record for Afghan media, with 13 journalists killed, the Afghanistan Journalist Safety Committee said in a report on January 18. The press group documented at least 101 incidents of killings, assault, intimidation, abuse, and other physical attacks, a 38 percent increase over numbers recorded in 2015.

Although the Taliban was blamed for 10 of the 13 deaths, half of the overall increase in violence toward journalists was attributed to the Afghan government. "This is an ugly, worrying, and serious trend, and if certain actions are not taken, 2017 could be worse," said committee head Najib Sharifi.

A spokesman for President Ashraf Ghani said acts of intimidation were by individuals, not by the government, and the president is committed to a free press. "There are no journalists in jail in the whole country and the attorney general's office has prosecuted those government officials who have threatened or acted against journalists," he said.

The Taliban's "drastic increase" in attacks on journalists started in late 2015 with the issuance of death threats against journalists perceived as being too critical,

the report said. That was followed by a deadly attack on Tolo, one of Afghanistan's largest television stations.» Quelle: Radio Free Europe/Radio Liberty, Afghan group says 2016 was deadliest for journalists on record, 20. Januar 2017: www.refworld.org/docid/5975a4763.html.

Reporters Without Borders, 29. Juni 2016:

«After registering at least ten cases of violence against journalists and media outlets in Afghanistan since the start of June, Reporters Without Borders (RSF) reiterates its concern about the dangers to journalists and reminds the Afghan authorities of their duty to protect the media.

The June violence began with the deaths of US photographer David Gilkey and his interpreter, Afghan journalist Zabihullah Tamanna, in a Taliban attack in southern Afghanistan on 5 June.

But it is not just media freedom's obvious enemies - the Taliban and Islamic State - who are responsible for violence against the media in Afghanistan. The police, intelligence services and local politicians have also contributed to the surge in violence, censorship and self-censorship. (...)

RSF also condemns irresponsible comments by politicians such as Amrolah Saleh, a former intelligence chief and current president of the Ravand Sabaz party, who in a Facebook post accused the independent news agency Pajhwok of taking government money and insinuated that it was being manipulated by the intelligence services.

In a country where the Taliban and other armed groups are quick to kill journalists suspected of being government supporters, such an accusation is utterly irresponsible. Criticism of the media should of course be permitted and it can encourage them in their work and adherence to journalistic ethics. State subsidies for media outlets can also be criticized but, as many democracies show, subsidies in themselves are not evidence of manipulation. In such a critical situation as Afghanistan's, the priority should be journalists' safety.

"These criminal attacks on the media are indicative of a desire on the part of media freedom's various predators to impose a climate of terror in Afghanistan," said Réza Moïni, the head of RSF's Iran-Afghanistan's desk.

"Such violence endangers the right of journalists to inform the Afghan people. The police and security services have a duty to protect journalists and media outlets. We call on President Mohammad Ashraf Ghani, Chief Executive Abdullah Abdullah and the information and culture minister to take concrete measures to end this violence, including the police violence."» Quelle: Reporters Without Borders, RSF urges concrete measures to protect journalists in Afghanistan, 29. Juni 2016: <http://www.refworld.org/docid/577660e64.html>.

Reporters Without Borders, 18. Mai 2017:

«Reporters Without Borders (RSF) reiterates its concern about the safety of journalists and media outlets in Afghanistan after a deadly attack today on the provincial branch of the national radio and TV broadcaster in Jalalabad, the capital of the eastern province of Nangarhar. It was claimed by Islamic State.

Attacks against the media by the Taliban and Islamic State (also known as Daesh) have been growing in intensity.

Today's attack on the radio and TV station in Jalalabad was carried out at around 10:30 a.m. by at least three armed suicide bombers. It killed at least six people, including four of its employees, and wounded 15 others, Nangarhar governor Mohammad Goulab Mangal said. It also caused a great deal of material damage.

Several media outlets have been attacked in the past two years in Jalalabad. The regional bureaux of the independent Afghan news agency Pajhwok and US government-funded Voice of America radio were attacked on 12 June 2015. The building that houses Radio Safa, a local station, and the regional office of Radio Killid was badly damaged by a homemade bomb on the night of 10 October 2015.

Neither of these attacks was claimed but Islamic State has a presence in the region and had already threatened various media outlets and journalists.

RSF calls on the Afghan government to take concrete measures to protect journalists. The National Security Council adopted a Procedure for the Safety and Protection of Journalists at a meeting chaired by President Mohammad Ashraf Ghani on 23 August 2016. However, despite the government's efforts, neither this procedure nor other measures envisaged by the authorities to improve the safety of journalists, have been applied.» Quelle: Reporters Without Borders, RSF condemns deadly attack on state radio and TV in Jalalabad, 18. Mai 2017:
www.refworld.org/docid/591d5a627.html.

SFH, 30. September 2016:

«Medienschaffende. Die Gewalt gegen Medienschaffende hat 2015 zugenommen. Journalisten werden in ihrer Berichterstattung von allen Seiten eingeschränkt. Sowohl Regierungsbeamte, Parlamentsmitglieder, lokale Machthaber und Politiker, aber auch Angehörige regierungsfeindlicher Gruppierungen, schikanieren Medienschaffende oder greifen sie aufgrund ihrer Berichterstattung an. Mehr als 70 Prozent der Übergriffe auf Medienschaffende werden Regierungsvertretern angelastet. Die afghanischen Behörden unterlassen es, in diesen Fällen zu ermitteln und die Täter strafrechtlich zu verfolgen. Weibliche Medienschaffende sind speziell gefährdet, aber auch Familienangehörige können verfolgt werden. Zudem haben die konservativen, traditionellen Kräfte in Afghanistan die Freiheit der Medienschaffenden in den vergangenen Jahren zusehends eingeschränkt. Selbstzensur ist daher verbreitet.» SFH/Corinne Troxler, Afghanistan: Update: Die aktuelle Sicherheitslage, 30. September 2016, S. 20:
www.fluechtlingshilfe.ch/assets/herkunftslaender/mittlerer-osten-zentralasien/afghanistan/160930-afg-update-d.pdf.

UNAMA, Februar 2017:

«Impact of Armed Conflict on the Right to Freedom of Expression

As highlighted in its 2016 Mid-Year Report on Protection of Civilians in Armed Conflict, UNAMA observed worrying trends concerning the lack of respect for human rights obligations by parties to the conflict, in particular, the right to freedom of expression and the rights of people in Afghanistan to receive and impart information.

Between September and December 2016, UNAMA conducted 11 regional consultations and recorded the views and concerns of 240 journalists and civil society representatives from 22 provinces with respect to their own experiences concerning the exercise of the right to freedom of expression. Participants consistently raised concerns about encountering an environment of threat and intimidation attributable to both Anti-Government Elements and State actors in relation to their freedom to express opinions and monitor and report on human rights violations and abuses, in particular on conflict-related incidents.

Journalists and civil society activists operating in areas affected by armed conflict, in particular Farah, Kunduz and Uruzgan provinces, reported self-censorship as a measure of self-protection against direct or perceived threats or intimidation from Anti-Government Elements and Afghan national security forces when viewed as being critical of that actor. UNAMA received consistent reports that such challenges have disproportionately affected women activists, mainly because of violent extremist ideologies propagated by Anti-Government Elements in conflict-affected areas that reject the participation of women in public life and the promotion of women's rights.

In 2016, Taliban issued at least 11 statements threatening media. In these statements, Taliban criticized several major news providers, including Tolo New, Shamshad and Radio Azadi, accusing them of publishing “enemy propaganda”, “intelligence”, “biased reports from the mouth of the enemy”, and “defaming the Mujahideen.” The statements followed rhetoric employed in 2015 when, in response to news coverage of the Taliban's October 2015 offensive in Kunduz city, Taliban designated Tolo TV and 1TV “military objectives”.

The subsequent 20 January Taliban suicide attack against a shuttle bus belonging to the Moby Group (the parent company of Tolo TV) as it travelled on a major road in Kabul city, killing eight civilians (including three women) and injuring 30 others including several media professionals, made real the possibility of violent reprisal by Anti-Government Elements against media actors, creating an environment of fear that negatively impacted freedom of expression. Taliban claimed responsibility for the attack on its website, stating that it had targeted the Tolo TV employees in retaliation for “severe hostility” to Islam, serving as an “apparatus and propaganda mechanism of the US” and “disrespecting Kunduz citizens and false accusations of executions, plunder, kidnappings and other abuses”. (...)

Taliban continued to claim responsibility for attacks targeting civilians or civilian objects (82 incidents), including media professionals, civilian Government workers, judicial staff, tribal elders and humanitarian de-miners.» Quelle: UNAMA, Afghanistan: Protection of Civilians in Armed Conflict, Annual Report 2016, Februar 2017, S. 31-32, 51:

https://unama.unmissions.org/sites/default/files/protection_of_civilians_in_armed_conflict_annual_report_2016_final280317.pdf.

UNHCR, 19. April 2016:

«Gewalt gegen Journalisten ist Berichten zufolge ein schwerwiegendes Problem, wobei berichtet wird, dass für die Mehrheit der Vorfälle staatliche Behörden verantwortlich sind. Insbesondere für weibliche Journalisten besteht Berichten zufolge ein hohes Risiko, schikaniert und bedroht zu werden. Diejenigen, die Gewaltakte gegen Journalisten verüben, genießen Berichten zufolge häufig Straflosigkeit, und Journalisten werfen der Regierung vor, sie nicht ausreichend zu schützen.

Die Anzahl der Vorfälle von gegen Journalisten und Medienorgane gerichtete Gewalt und Einschüchterung durch nicht-staatliche Akteure nimmt Berichten zufolge zu. Derartige Fälle begrenzen die Fähigkeit der Journalisten, uneingeschränkt über aktuelle Geschehnisse berichten zu können. Medienorgane und Journalisten, die positive Beiträge über die Regierung und ihre Politik veröffentlichen, wurden von den Taliban zu legitimen militärischen Zielen erklärt. Berichten zufolge bedroht ISIS Medienorgane, um sie zur Berichterstattung über ihre Aktivitäten zu zwingen.» Quelle: UNHCR, UNHCR-Richtlinien zur Feststellung des internationalen Schutzbedarfs afghanischer Asylsuchender, 19. April 2016, S. 48-50: www.refworld.org/cgi-bin/texis/vtx/rwmain/opensslpdf.pdf?reldoc=y&docid=57b6bea84.